



## „Er winkte mit dem Brief aus dem Stullenpaket“

Tausende jüdische Zwangsarbeiter wurden vor 75 Jahren bei der „Fabrik-Aktion“ der Nazis verhaftet. Einer war Abraham Pisarek. Die Tochter Ruth erinnert sich

Abraham Pisarek 1936 mit seinen Kindern Ruth und Georg  
Foto: Bildarchiv Pisarek/akg

Von **Susanne Memarnia**

Die Litfaßsäule direkt vor der Rosenstraße 2-4 wurde ihr Stammpflicht. Von dort hatte Ruth gute Sicht auf die Fenster des Gebäudes der Jüdischen Gemeinde. Eine Woche lang kam die damals 11-jährige mit ihrer Mutter und dem zwei Jahre älteren Bruder Georg hierher, um den Vater zu sehen. Der Fotograf Abraham Pisarek war in der Rosenstraße zusammen mit rund 2.000 anderen in „Mischehe“ lebenden Juden inhaftiert worden, vor allem Männern. Hunderte Ehefrauen, Kinder, Verwandte kamen darauf Tag für Tag in die kleine Straße nahe dem Hackeschen Markt.

Ruth Gross, geborene Pisarek, ist heute 86 Jahre alt und erinnert sich: „Man ging auf und ab und guckte immer auf die Fenster, den Eingang. Dann kamen Polizisten, haben gesagt, gehen Sie weiter, Sie dürfen hier nicht stehen bleiben. Ich bin um meine Litfaßsäule herum. Die anderen sind in Seitenstraßen gegangen und später wiedergekommen.“

Vor 75 Jahren, am 27. Februar 1943, begann die Gestapo eine großangelegte, reichsweite Verhaftungswelle, von den Opfern später „Fabrik-Aktion“ genannt.

Damals lebten von ursprünglich 500.000 jüdischen Deutschen nicht einmal mehr 75.000 im Reich, zwei Drittel von ihnen in Berlin. Ein Großteil von ihnen war bis dahin nicht deportiert worden, weil man sie als Zwangsarbeiter missbrauchte. Nun sollte sie auf Hitlers Geheiß durch ausländische Zwangsarbeiter ersetzt werden.

In Berlin umstellte die Gestapo am frühen Morgen über 100 Fabriken. Rund 9.000 Juden wurden an diesem und den folgenden Tagen verhaftet und in verschiedene Sammellager gebracht: ins Konzerthaus Clou in der Mauerstraße, in zwei Kasernen in Reinickendorf und Moabit, in die Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit, ins jüdische Altersheim in der Großen Hamburger Straße. In das Gebäude der jüdischen Gemeinde in der Rosenstraße brachte die Gestapo die, die in „Mischehe“ lebten, also mit einer „Arierin“ oder einem „Arier“ verheiratet waren – was ihnen einen gewissen Schutz gab, zumindest bis dahin.

Ruth Gross, deren Mutter Ostpreußin aus St. Petersburg war, erzählt: „Natürlich hatten wir wahn sinnige Angst. Man wusste ja damals schon, wo die Deportationszüge hingingen und dass

### 75 Jahre Frauenprotest in der Rosenstraße

**Gedenken** Seit 1999 erinnert in der Rosenstraße eine Gedenk-Litfaßsäule an die Fabrik-Aktion und den Protest. Bereits 1995 wurde ein paar Meter weiter eine mehrteilige Skulptur eingeweiht.

**Veranstaltung** Am heutigen Dienstag 16 Uhr beginnt eine Gedenkveranstaltung am Mahmal Große Hamburger Straße mit anschließendem Schweigemarsch zur Rosenstraße. 16.25 Uhr folgt dort eine Gedenkfeier, 17 Uhr ein Zeitzeugengespräch im Instituto Cervantes, Rosenstraße 18. Mehr Infos: [www.stiftung-denkmal.de](http://www.stiftung-denkmal.de).



die Leute nicht zurückkommen würden. Aber wir dachten, wenn wir jetzt immer in die Rosenstraße gehen, dass wir irgendwie aufpassen könnten.“ Ruth hatte ihren Vater schon am zweiten Tag an einem Fenster

im dritten Stock entdeckt. „Er winkte mit dem Briefchen, das wir in das Stullenpaket hineingelegt hatten.“ Zum Glück waren die Ordner an der Tür jüdische Männer, und manche ließen sich überreden, Päckchen zu überbringen.

Rund 7.000 Verhaftete wurden in den kommenden Tagen nach Auschwitz deportiert, nur die Juden aus „Mischehen“ wurden nach und nach entlassen. Wegen des Protests ihrer Angehörigen?

Vermutlich nicht, sagen heute die meisten Historiker. Wahrscheinlicher ist, dass sie ohnehin nicht deportiert werden sollten, um die „arische“ Verwandtschaft zu schonen. Ihre Verhaftung diente nach dieser Lesart schlicht der Überprüfung ihres Status.

Die Bedeutung des Frauenprotests schmilert das keineswegs, schreibt der geschäftsführende Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Andreas Nachama, im Vorwort zum Buch „Gedenkort Rosenstraße 2-4“. „Der Frauenprotest war singulär und ist deshalb von größter Bedeutung. Selbst wenn der Protest gescheitert wäre und die Verhafteten deportiert worden wären, gibt es in der zwölfjährigen NS-Geschichte kein vergleichbares Ereignis zivilen Protests einer größeren Gruppe in der Öffentlichkeit über mehrere Tage.“

### Frauen, die sich was trautes

So sieht es auch Ruth Gross. „Die Frauen waren schon mutig. Man hätte ja sagen können, nein, da traue ich mich nicht hin. Aber diesen Gedanken gab es gar nicht. Das ist ja auch normal, dass man für seine Kinder durchs Feuer geht oder für den Ehemann. Insofern war das keine politische Aktion, das war eine Aktion von normalem Verhalten.“

Eine Woche nach seiner Verhaftung kam der Vater zurück nach Hause. „Am 6. März, Sonnabend früh, ist er entlassen worden, daran erinnere ich mich genau. Er kam nach Hause, war

ganz elend, hat erst mal gegessen, gebadet und geschlafen. Dann ist er am frühen Nachmittag gleich zur Polizei, um sich zu melden. Er war so besorgt, dass sie ihm sonst einen Strick daraus drehen.“

Abraham Pisarek überlebte als Zwangsarbeiter als einer von wenigen tausend Juden in Berlin. Er musste sich jeden Dienstag bei einer Polizeiwache in der Hannoverschen Straße melden. Nach dem Krieg arbeitete er sofort wieder als Fotograf. Über die Sowjets fand er sogar zufällig sein von den Nazis beschlagnahmtes Fotoarchiv wieder. Einen Teil davon bewahrt Tochter Ruth zusammen mit geretteten Zeitdokumenten, etwa der polizeilichen Meldeliste, in ihrem Haus in Zehlendorf auf.

Über ihr Überleben im Nationalsozialismus spricht Ruth Gross dagegen bis heute nur selten. „Ich bin kein ‚lebender Zeitzeuge‘“, sagt sie. „Ich bin zwar einer, aber keiner, der herumgeht und erzählt. Ich habe hier genug zu tun mit den Fotos meines Vaters. Und das Erinnern ist mir kein Vergnügen. Es packt und verfolgt einen immer wieder und man kann einfach nicht begreifen, wie das alles möglich war.“

Andreas Hergeth wünscht sich für Berlin endlich mehr Feiertage

## Die Nordländer können es doch auch

Augsburger müsste man sein. In der bayerischen Stadt wird stets am 8. August das Friedensfest begangen – schon seit 1650. Früher feierten die Augsburger Protestanten damit das 1648 durch den Westfälischen Frieden eingeleitete Ende ihrer Unterdrückung während des Dreißigjährigen Krieges. Heute ist das Fest ein aufs Stadtgebiet beschränkter Feiertag. Augsburg hat damit die meisten gesetzlichen Feiertage in Deutschland: 14. Drumherum, also in Bayern, sind es

13. Darunter Feiertage aus christlichen Anlässen wie Fronleichnam (31. Mai) oder Mariä Himmelfahrt (15. August).

Wir können von so viel freien Tagen nur träumen. Berlin und auch Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben nur neun Feiertage. Alle anderen haben mehr. In Baden-Württemberg zum Beispiel sind es zwölf. Selbst in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern geht mehr, dort ist schon länger der Reformationstag (31. Oktober) ein freier Tag.

Die Schleswig-Holsteiner können sich jetzt schon mal freuen. Der Kieler Landtag hat vergangenen Donnerstag mit breiter Mehrheit beschlossen, den Reformationstag ab sofort zum gesetzlichen Feiertag zu machen.

Die norddeutschen Bundesländer haben sich Anfang Februar über eine gemeinsame Linie verständigt. So kam der Reformationstag ins Spiel. Die Bremische Bürgerschaft sprach sich letzten Mittwoch für den neuen Feiertag aus. Die Hamburger setzten das Thema

für den morgigen Mittwoch auf die Tagesordnung. Nur in Niedersachsen diskutieren die Fraktionen noch.

In Berlin wird nicht diskutiert. Dabei hätte sich das Land der Initiative des Nordländer einfach anschließen sollen. Hamburg & Co haben erkannt, wie groß das Ungleichgewicht der Anzahl der Feiertage in Nord- und Süddeutschland ist. Dabei müsste es ja nicht einmal der Reformationstag sein. Im säkularen Berlin böten sich der Frauentag, der Tag der Befreiung (8. Mai) oder der

Holocaust-Gedenktag am 27. Januar an. Das würde der AfD den Wind aus den Segeln nehmen, die im November geordert hatte, den 31. Oktober auch hier zum Feiertag zu erklären. Alle Fraktionen hatten damals abgewinkt.

Natürlich wäre ein Feiertag gut und richtig, der alle Weltreligionen würdigt, die multikulturell geprägte Stadt verbindet. Das wäre ein starkes Zeichen. Und Berlin hätte dann nicht nur neun, sondern zehn Feiertage wie viele andere Bundesländer auch.